



Theo Mechtenberg

## Die neue polnische Regierung vollzieht einen tiefgreifenden Systemwandel

Die Parlamentswahlen vom Oktober 2015 haben „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die Partei von Jarosław Kaczyński, mit einer Machtfülle ausgestattet, wie es sie im nachkommunistischen Polen bislang nicht gegeben hat. Mit ihrem Regierungsantritt am 16. November 2015 verfügt sie, im Sejm wie im Senat, über die absolute Mehrheit, und mit Andrzej Duda ist ein Präsident im Amt, der ihren Reihen entstammt. Welche Konsequenzen, so fragt man sich, ergeben sich aus dieser Konstellation für Staat und Gesellschaft in Polen?

Als Antwort auf diese Frage bietet sich ein Rückblick auf die Jahre 2005-2007 an, als PiS die Geschicke des Landes bestimmte; allerdings nicht allein, sondern in Koalition mit „Selbstverteidigung“ (SO), der Partei von Andrzej Lepper, und der von Roman Giertych geführten „Liga der Polnischen Familie“, zwei Parteien, die heute auf der politischen Bühne nicht mehr vertreten sind. Damals hatte PiS auf äußerst extensive Weise die Schaltstellen der Macht auf der staatlichen Ebene wie in der Medienlandschaft mit eigenen Leuten besetzt. Die Bildung einer Antikorruptionsbehörde diente ihr vor allem dazu, politische Gegner auszuschalten. Besonders schwerwiegend wog ihr Versuch, das Regierungshandeln der Kontrolle des Verfassungsgerichtes zu entziehen und die Justiz ihrer Unabhängigkeit zu berauben, wodurch die für eine Demokratie fundamentale Gewaltenteilung in Frage gestellt wurde. Damit bewegte sich „Recht und Gerechtigkeit“ nicht mehr im Rahmen der Dritten Republik, sondern verfolgte – nach eigener Aussage – das Ziel der Errichtung einer anderen, Vierten Republik. Die Kaczyński-Partei ist damals mit ihrem Projekt gescheitert. Nunmehr unternimmt sie einen neuen Anlauf, ihre einstigen Absichten zu verwirklichen.

### Die Nation steht über allem

Symbole haben mitunter eine besondere Signalwirkung. Als Beata Szydło, die neue Ministerpräsidentin, ihre erste Pressekonferenz hielt, fiel dem Beobachter auf, dass im Rückraum die blaue Fahne der Europäischen Union mit den zwölf Sternen fehlte, die bei derlei Anlässen früher stets neben der polnischen Nationalflagge ihren Platz hatte. Dafür waren die weiß-roten Farben gleich mehrfach vorhanden.

Es wäre eine Fehlinterpretation, würde man in dieser Veränderung eine Absage an die Europäische Union sehen, der Polen vor allem aufgrund der reichlich fließenden EU-Gelder schließlich seinen wirtschaftlichen Aufschwung verdankt. Es geht der neuen Regierung vielmehr darum, mit diesem Zeichen zu unterstreichen, dass die von ihr verfolgte Politik unter dem Primat der Nation und ihrer – von „Recht und Gerechtigkeit“ definierten – Interessen steht. Damit hebt sich PiS von ihrer Vorgängerregierung deutlich ab, der sie den Vorwurf macht, mit ihrem Liberalismus den „Patriotismus“ sowie die „nationalen Werte“ negiert, anstelle eines heroischen Polen ein falsches, weil negativ getöntes Bild nationaler Vergangenheit vermittelt und mit ihrer Politik Polen ruiniert zu haben.

In der Tat war das von der liberalen „Bürgerplattform“ (PO) unter Führung von Donald Tusk, dem jetzigen EU-Präsidenten, vertretene Gesellschaftsmodell weniger national und stattdessen stark westeuropäisch orientiert. Der von ihr forcierte Modernisierungsprozess führte zu einem Wertewandel, der in Teilen der Gesellschaft Ängste um den Verlust nationaler Identität weckte. Dies hatte in der Endphase der PO-Regierung zu einem von der Kirche geführten, von PiS unterstützten förmlichen Kulturkampf gegen eine *in vitro* regelnde Gesetzgebung, gegen *gender-studies* sowie gegen die Istanbul Konvention zum Schutz der Familie vor häuslicher Gewalt geführt, weil diese angeblich weniger dem Schutz der Familie diene, sondern eher zu ihrer Zerrüttung beitrage.

Im Unterschied zu dem mehr westeuropäisch ausgerichteten Gesellschaftsmodell der Regierung unter Tusk und Frau Kopacz vertritt Jarosław Kaczyński die Vision eines Polens im Sinne einer katholisch geprägten nationalen Einheit als Bollwerk gegen eine westliche Überfremdung. Entsprechend finden sich im Programm von PiS sowie in Äußerungen ihres Vorsitzenden immer wieder der Bezug auf die Nation und der Anspruch, ein „besseres Polen“ zu schaffen als jenes, das die III. Republik zuwege gebracht habe. Dies betrifft auch die angeblich mangelnde Abrechnung mit den gegen die Nation verübten „Verbrechen der Kommunisten“, die in der Vergangenheit versäumt worden sei und die es nun – wie Präsident Duda auf einer Veranstaltung zum Gedenken an den Arbeiteraufstand vor 70 Jahren erklärte – nachzuholen gelte.

Das Jahr 2016 dürfte reichlich Gelegenheit bieten, sich der über ein Jahrtausend währenden Einheit von Nation und christlichem Glauben zu erinnern sowie die Bedeutung dieser geschichtlichen Verwurzelung der Nation für das heutige Polen zu betonen. Diesem Ziel dienen die Feierlichkeiten aus Anlass der „Taufe Polens“ vor 1050 Jahren. Ein entsprechendes Programm wurde zwischen Staat und Kirche am 27. November 2015 im Warschauer Königsschloss vereinbart.

Dem nationalen Gedenken dient auch die Wiederaufnahme der Untersuchung des Absturzes der Präsidentenmaschine am 10. April 2010. Im nationalen Lager wurden damals sogleich Stimmen laut, die einen Anschlag vermuteten. Offenbar ertrug man es nicht, dass es sich um einen gewöhnlichen, wenngleich tragischen Unfall handelte und verlangte ganz im Geist der Tradition des Martyriums der polnischen Nation nach einer national-heroischen Überhöhung dieser menschlichen Tragödie. So wurde, von PiS initiiert, über all die Jahre am 10. eines jeden Monats in nationalen Manifestationen jenes Flugzeugabsturzes gedacht. Nun wird die von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebene und abgeschlossene Untersuchung, die einen Anschlag ausschließt und den Absturz auf den über dem Flugplatz von Smolensk herrschenden Nebel, auf Mängel in der Organisation und Durchführung des Fluges sowie auf Fehler der für die Flugsicherung zuständigen russischen Fluglotsen zurückführt, für null und nichtig erklärt. Eine neuerliche, auf einer Verschwörungstheorie basierende Untersuchung soll nun den Beweis für ein Attentat erbringen. Man wird gespannt sein dürfen, mit welchen Mitteln eine PiS-hörige Kommission versuchen wird, die Aussagen des über 300 Seiten umfassenden Abschlussberichts zu widerlegen und die Theorie eines (russischen) Anschlags zu begründen. Absehbar ist schon jetzt eine weitere Polarisierung innerhalb der Gesellschaft.

Es fragt sich, welche Konsequenzen diese starke Hervorhebung der Nation für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft nach sich zieht. Für Beunruhigung sorgte die Aussage von Kornel Morawiecki, dem Alterspräsidenten des Sejm, das Wohl der Nation stehe über dem Gesetz. Es ist zwar unstrittig, dass sich die Gesetzgebung am Allgemeinwohl zu orientieren hat, doch was ihm tatsächlich dient, das ist nicht ohne weiteres offenkundig, sondern muss im gesellschaftlichen Diskurs ermittelt werden. PiS ist, was die Aussagen ihrer Führungskräfte und ihre ersten Aktionen betrifft, offenbar anderer Auffassung und versteht sich gleichsam als Verkörperung der Nation und Vollstreckerin ihres Willens. Politische Gegner werden nach Worten von Kaczyński aus solchem Selbstverständnis heraus zu „Verrätern am Polentum“, zu „genetisch bedingten schlechten Polen“. Es erscheint daher zweifelhaft, ob bei solcher Arroganz die Umsetzung eines Konzepts nationaler Einheit in einer faktisch pluralistischen Gesellschaft, um die es sich auch bei Polen schließlich handelt, gelingen kann. Ihr friedliches Zusammenleben verlangt Toleranz und das Eingehen von Kompromissen, Begriffe, die man im Sprachschatz von PiS vergeblich sucht. So ist absehbar, dass diese Legislaturperiode von gesellschaftlichen Konflikten und Polarisierungen geprägt sein wird.

## Der Streit um das Verfassungsgericht

Die Polarisierung ließ nicht lange auf sich warten. Und sie betraf gleich die für die Rechtsstaatlichkeit einer Demokratie entscheidende Institution – das Verfassungsgericht. Seine Aufgabe ist es schließlich, als oberstes Kontrollorgan die Verfassungsmäßigkeit des Regierungshandelns zu garantieren und gegebenenfalls Gesetze, die gegen die Verfassung verstoßen, zurückzuweisen. Eigentlich sollten Parteien ein Interesse daran haben, die Unabhängigkeit und

Autorität des Verfassungsgerichts zu stärken - zum Schutz vor eigenem Machtmissbrauch. Ist ihr Handeln dagegen auf eine Schwächung des Verfassungsgerichtes ausgerichtet, dann bedeutet dies nicht weniger als eine Gefährdung der Demokratie.

Eine solche Gefährdung zeichnete sich nach dem Machtwechsel in Polen ab, wobei allerdings die von der „Bürgerplattform“ geführte Vorgängerregierung an dieser Entwicklung nicht schuldlos ist. Sie hatte noch kurz vor ihrem Abtreten mit ihrer parlamentarischen Mehrheit für fünf Verfassungsrichter, deren Amtszeit auslief, fünf neue ernannt. Dabei hätten zwei von ihnen, deren Amtsperiode erst im Dezember zu Ende ging, in der neuen Legislaturperiode bestimmt werden müssen. Entsprechend bestätigte das Verfassungsgericht auch nur drei von ihnen. Doch der neue Präsident Andrzej Duda verweigerte allen fünf die Vereidigung. Der neue, unter der Dominanz von PiS stehende Sejm erklärte kurzerhand die Wahl jener fünf Verfassungsrichter für ungültig und bestimmte seinerseits fünf PiS genehme Nachfolger, die zu nächtlicher Stunde von Präsident Duda vereidigt wurden, ein Akt, der vom Verfassungsgericht für rechtswidrig befunden wurde. Die dadurch bewirkte Krise wurde durch ein von der parlamentarischen Mehrheit von PiS kurz vor Weihnachten beschlossenes Gesetz weiter verschärft. Es sieht vor, die bislang geltende einfache Mehrheit bei Beschlüssen des Verfassungsgerichts durch eine Zweidrittelmehrheit zu ersetzen. Zudem wurde entgegen der bisher geltenden Regelung ein Quorum von 13 der insgesamt 15 Verfassungsrichter festgelegt, die für eine Beschlussfassung erforderlich sind. Damit wurde die übliche Praxis interner Arbeitsteilung außer Kraft gesetzt. Des Weiteren sieht das Gesetz anstelle der Dringlichkeit eine chronologische Bearbeitung der Anträge sowie eine Fristverlängerung des Zeitraums zwischen Antrag und Entscheid des Verfassungsgerichtes entgegen der bisherigen Regelung von zwei Wochen auf bis zu sechs Monaten vor. Diese neuen Bestimmungen dürften eine Blockade von Gesetzesvorhaben durch die PiS-Regierung praktisch unmöglich machen und damit das Regierungshandeln der Kontrolle durch das Verfassungsgericht entziehen.

Dieses Vorgehen seitens der neuen Regierung wurde in der Öffentlichkeit als Versuch gewertet, sich selbst Tür und Tor für eine weitgehend ungehinderte Machtausübung zu öffnen. Man sah darin eine ernste Bedrohung der demokratischen Ordnung. Nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch regte sich Widerstand. Es bildete sich ein „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ (KOD), das in kürzester Zeit zehntausende von Bürgern zu Protesten auf die Straße brachte. In Abwandlung eines alten Kirchenliedes, das zeitweise den Rang einer Nationalhymne besaß, sangen sie „Herr gib uns wieder das Vaterland zurück – ohne PiS“. Die Kreativität ihrer Parolen und Spruchbänder erinnert an die Zeit der „Solidarność“. Lech Wałęsa, der legendäre Führer der Solidarność, Friedensnobelpreisträger und erster Präsident des postkommunistischen Polens, verurteilte das Gesetz, das Polen „vor der ganzen Welt der Lächerlichkeit preisgebe“. Er regte an, durch einen Volksentscheid Neuwahlen zu erzwingen. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission forderten eine Überprüfung des Gesetzes, das die Rechtsstaatlichkeit gefährde und Grundprinzipien der Europäischen Union verletze. Der Protest verfehlte seine Wirkung nicht. Im Dezember 2015, keine zwei Monate nach ihrem Regierungsantritt, verlor PiS in den Umfragen massiv an Zustimmung in der Bevölkerung. Doch all dies hielt Präsident Duda nicht davon ab, das Gesetz in der letzten Dezemberwoche zu unterzeichnen, so dass es mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt in Kraft tritt.

## Die Medien unter Kontrolle von PiS

Wer die öffentliche Meinung in seinem Sinne beeinflussen will, benötigt die Herrschaft über die Medien. So ist es nur folgerichtig, dass PiS nach ihrem Wahlsieg die Kontrolle über die Medienlandschaft anstrebt. Ihre vorrangige Absicht ist es, Radio und Fernsehen in „nationale Medien“ umzuwandeln. Sie sollen einem „Rat nationaler Medien“ unterstellt werden, der fünf Personen umfassen soll, die vom Sejm (2), vom Präsidenten (2) und vom Senat (1) bestimmt werden. Seine Karenzzeit beträgt sechs Jahre und geht damit über die jetzige Legislaturperiode hinaus. Der Vorsitzende dieses „Rates“ ernennt die Programmdirektoren und Chefredakteure. Drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen die Arbeitsverträge der im öffentlichen Fernsehen und Radio angestellten Journalisten und sonstigen Mitarbeiter. Sie können sich neu bewerben. Über ihre Einstellung entscheiden die neuen Direktoren und

Chefredakteure. Damit erhalten diese Medien einen Rechtscharakter, der ihrer faktischen Verstaatlichung unter der Vormundschaft von PiS gleichkommt.

Mit diesem Vorhaben löste die Kaczyński-Partei unter den in den öffentlichen Medien Beschäftigten erhebliche Unruhe aus, befürchten diese doch, entlassen und durch der PiS-Regierung genehme Programmdirektoren und Journalisten ersetzt zu werden. So äußerte sich einer von ihnen wie folgt: „Die Atmosphäre ist fürchterlich, man kann unmöglich arbeiten. Die Leute schleichen durch die Korridore, überlegen, was kommen wird. Die Mehrheit ist entsetzt, ein Teil gibt sich der Illusion hin, es werde alles nicht so schlimm. Zu denen zähle ich nicht – mich gibt es hier faktisch

schon nicht mehr. Die Theorie nationaler Medien ist eine Augenwischerei. PiS geht es ausschließlich um die Übernahme von Fernsehen und Radio.“<sup>1</sup>

Dass diese Befürchtungen nicht grundlos sind, zeigte sich mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Medienreform einen Tag vor Ende des Jahres. Mit diesem ersten Schritt auf das verfolgte Ziel werden die öffentlich-rechtlichen Anstalten von Fernsehen und Hörfunk durch einen Austausch des Personals auf der Leitungsebene der Regierungskontrolle unterworfen. Die verantwortlichen Direktoren werden nicht mehr aufgrund eines Bewerbungsverfahrens von einem unabhängigen Gremium berufen, sondern vom zuständigen Minister ernannt, der sie auch jederzeit wieder abberufen kann. Mit Inkrafttreten des Gesetzes Anfang Januar verloren die bisherigen Direktoren ihr Amt oder kamen ihrer Entlassung zuvor. Damit wurde der Weg frei, die Leitungsfunktionen im öffentlichen Fernsehen und Radio durch PiS ergebene Personen zu besetzen.

Aufgabe von Fernsehen und Radio soll es von nun an sein, die öffentliche Meinung im Geiste eines Patriotismus zu beeinflussen. Eine unabhängige, die Regierungsarbeit kritisch begleitende journalistische Tätigkeit scheint damit nicht mehr gewährleistet. Entsprechend die Ankündigung von Jacek Kurski, dem neuen Chef des polnischen Fernsehens, der sich einen Tag nach Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Duda im polnischen Radio mit dem Satz vorstellte: „Ich bin ein starker Mann und Garant dafür, dass wir die Unabhängigkeit und Freiheit des öffentlichen Fernsehens vor Gefahren der Welt der Politik verteidigen können.“ Wer mit der Polen gefährdenden „Welt der Politik“ gemeint ist, dürfte nach all den Gesetzesinitiativen, die PiS nach ihrem Regierungsantritt eilig unter Dach und Fach gebracht hat, kaum zweifelhaft sein – die Opposition im eigenen Land und die Brüsseler Kommission. Zudem sah er in dem Interview die Aufgabe des öffentlichen Fernsehens darin, „die nationale Gemeinschaft aufzubauen und die Polen zu großen und erhabenen Zielen zu vereinen.“<sup>2</sup>

Die Reaktion der Brüsseler Kommission ließ nicht lange auf sich warten. In einem Schreiben von Junckers Stellvertreter Frans Timmermans äußerte dieser die Befürchtung, die Reform könne „die Freiheit und Vielfalt der Medien“ bedrohen und damit gegen EU-Recht verstoßen. Er verlangte daher Aufklärung darüber, ob das verabschiedete Gesetz mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar ist.

Um die „nationalen Kulturinstitute“ von Funk und Fernsehen für jedermann zugänglich zu machen, plant die Regierung, die monatliche Gebühr auf 10 Zł. zu begrenzen und Rentnern über 75 Jahre ihre kostenlose Nutzung zu ermöglichen.

Doch derlei Vorhaben von PiS reichen nicht aus, um die öffentliche Meinung unter ihre Gewalt zu bringen. Es bleiben immer noch die privaten Fernsehanstalten, Radiosender, Zeitschriften und Zeitungen, hinter denen zumeist ausländisches, vor allem deutsches Kapital steht. Hier will PiS ein Gesetz verabschieden, das den Anteil ausländischen Kapitals beschränken, Monopolbildung verhindern und rein polnische Medien steuerlich begünstigen soll. Doch ob es PiS mit diesem Katalog an Maßnahmen tatsächlich gelingen wird, ihre Ziele zu erreichen, ist mehr als zweifelhaft. Mit dem Internet ist längst ein neues Medienzeitalter angebrochen, das vor allem in autoritären und diktatorischen Systemen seine Bedeutung unter Beweis gestellt hat und weiterhin unter Beweis stellt, wenn es darum geht, in kürzester

<sup>1</sup> Grzegorz Rzeczkowski, TVPiS, Polityka 49/2015, S. 14.

<sup>2</sup> Agnieszka Kublik, Z kim Jacek Kurski przejmuję TVP? (Mit wem übernimmt Jacek Kurski das Polnische Fernsehen?), Gazeta Wyborcza v. 08. 01. 2016.

Zeit Massen zu mobilisieren. Auch in Polen wurde zu den durch das „Komitee für die Verteidigung der Demokratie“ (KOD) organisierten Protesten gleichfalls weder im Fernsehen noch im Radio und auch nicht in der Presse, sondern über Facebook aufgerufen. Und dies mit großem Erfolg. Doch um die Regierung von ihrem Kurs abzubringen oder sie gar zum Rücktritt zu nötigen, um Neuwahlen herbeizuführen, dazu dürfte diese außerparlamentarische Opposition zu schwach sein. Zudem setzt Kaczyński offenbar darauf, dass die Bevölkerung durch sein Sozialprogramm ruhig gestellt wird, das neben anderen sozialen Zuwendungen eine Rücknahme der von der Vorgängerregierung verordneten Rentenreform, Rentenerhöhung und ein monatliches Kindergeld in Höhe von 500 Zł. ab dem zweiten Kind umfasst. Diese Kalkulation ging denn auch vorerst auf, nahm doch die Zustimmung zur Regierung im Januar wieder deutlich zu. Die durch die Sozialmaßnahmen verursachte Mehrbelastung des Staatshaushaltes soll durch höhere Besteuerung großer, zumal ausländischer Unternehmen, der Banken und Versicherungen, erbracht werden. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die wirtschaftliche und soziale Situation Polens haben werden.

## Auf dem Weg zu einer „souveränen Demokratie“

Die bisherigen von der Regierung erlassenen Gesetze sowie zahlreiche Äußerungen führender Politiker von PiS zeigen ein sehr spezielles Verständnis von Demokratie, Ökonomie und Freiheit der Medien. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Abgeordneten von „Recht und Gerechtigkeit“ nach Annahme der Gesetze zum Verfassungsgericht und zur Medienreform. Gestikulierend skandierten sie „Demokratie“, „Demokratie“ bzw. „freie Medien“, „freie Medien“ wobei doch durch ihre Beschlussfassung diese hehren Begriffe ihres eigentlichen Sinns beraubten und in ihr Gegenteil verkehrten. Dieser Methode falscher Etikettierung bedienen sich Polens führende Politiker auch gegenüber der EU-Kommission, indem sie ständig beteuern, dass alles, was sie unternehmen, durchaus den demokratischen Grundwerten der Europäischen Union entsprechen würde.

Was sich in Polen derzeit vollzieht, kommt einem tiefgreifen Wandel des politischen Systems gleich. Diese neuerliche Systemtransformation nach dem Übergang vom Kommunismus zur III. Republik vor einem Vierteljahrhundert scheint nur verständlich auf der Grundlage eines teils begründeten, teils geschürten Misstrauens sowie nationaler Ängste vor äußeren Einflüssen und Überfremdung. Daraus resultiert eine Nähe zu der von Vladislav Surkov skizzierten „souveränen Demokratie“<sup>3</sup>, wie sie die gegenwärtige internationale Lage angeblich erfordere. Surkov definiert sie „als Ermöglichung der Entscheidungsfreiheit des Nationalstaates in Übereinstimmung mit den eigenen, durch äußere Einflüsse nicht begrenzter Interessen.“ Für die „zwischenstaatlichen Beziehungen“ gelte eine „scharfe wirtschaftliche Konkurrenz“. Dies zumal, weil der Westen das Ziel verfolge, Russland auf seinem eigenen Territorium zu einer „Schutzmacht ihrer Interessen zu machen.“ Der Westen sei bereit, „uns bis auf die Socken auszuziehen“, und dies „politisch korrekt und mit vollem Respekt.“ Daher würden Investitionen die „Souveränität des Staates bedrohen.“ Unter Beibehaltung einer antiwestlichen Grundhaltung bestehe die „Souveränität“ in einer „Offenheit gegenüber der Welt bei gleichzeitiger Teilhabe an einem offenen Kampf.“ Diese Politik bewahre vor einer „Teilung der Gesellschaft sowie vor einem weltanschaulichen Pluralismus.“ Wahlen seien ein Ausdruck für die „Einheit zwischen Regierung und Gesellschaft.“ Dabei stütze sich diese Politik auf die eigene „Tradition und nationale Rituale.“ All dies sind Auffassungen, wie sie sich auch in Worten und Taten von PiS widerspiegeln. Inzwischen findet der Begriff „souveräne Demokratie“ auch bei polnischen Analytikern Verwendung.<sup>4</sup>

## Ist dieser Systemwandel mit den demokratischen Grundwerten der Europäischen Union vereinbar?

---

<sup>3</sup> Der Begriff „souveräne Demokratie“ geht zurück auf eine Rede von Vladislav Surkov, dem stellvertretenden Chef der Präsidentenkanzlei, auf dem VII. Kongress der Kremlpartei „Einiges Russland“ im Februar 2006. Vgl.: Jarosław Cwiek-Karpowicz, Rosyska elita władzy centralnej (Die russische Elite der Zentralmacht) 2000-2008, Bd. III, Universität Warschau 2011.

<sup>4</sup> Marek Bieńczyk, Polityka ciała (Körpersprache als Ausdruck der Politik), Tygodnik Powszechny 3/2016. S. 24.

Sehr deutlich und wenig diplomatisch äußerte sich Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, zu den Vorgängen in Polen. Die Entwicklung habe „Staatsstreich-Charakter“ und laufe auf eine „gelenkte Demokratie“ hinaus. Der Konflikt mit der Brüsseler Behörde nahm Fahrt auf. In einem offenen Brief an Frans Timmermans verbat sich Justizminister Ziobro den auf Polen ausgeübten Druck mit den Worten: „Normalerweise antworte ich nicht auf dümmliche Äußerungen, die ausländische Politiker von sich geben, denn diese legen lediglich von ihnen selbst Zeugnis ab.“ Und auf Schulz und Günther Oettinger, den für Medien zuständige EU-Kommissar, gemünzt, erklärte Kulturminister Gliński: „Das ist eine Veranstaltung von Irren, gepaart mit einem sehr hohen Grad an Arroganz.“ Und unter Bezug auf die deutsche Vergangenheit: „Es gibt bestimmte Nationen, die aufgrund von einigen Generationen zurückliegenden Ereignissen etwas maßvoller in ihrer Reaktion werden sollten, statt auf aggressive Weise anderen ihre nationalen Interessen aufzuzwingen.“ Unter Hinweis auf polenfeindliche Äußerungen deutscher Politiker wurde sogar der deutsche Botschafter ins polnische Außenministerium einbestellt – und dies mit dem Ergebnis, dass beide Seiten anschließend ihre guten Beziehungen unterstrichen. Ohnehin versagt es sich die Bundesregierung, wie schon vor 10 Jahren, ihrerseits Öl ins Feuer zu gießen. Und für die im Europaparlament sowie in der Brüsseler Kommission tätigen Politiker trägt sie keine Verantwortung.

Den bisherigen Gipfel dieser Konfrontation mit der angeblich von Deutschen dominierten Brüsseler Zentrale erreichte das Titelblatt der Januarausgabe von Wprost (2/2016). Unter der Überschrift „Erneut wollen sie die Oberhoheit über Polen“ zeigt es auf der retuschierten Grundlage einer Lagebesprechung Hitlers mit Mussolini und Generälen in dessen Hauptquartier folgende Szene: Im Zentrum Angela Merkel, ganz in der Pose Hitlers über Generalstabskarten gebeugt, flankiert von M. Schulz, J.-C. Junckers, G. Oettinger und G. Verhofstadt, Chef der Liberalen im Europaparlament. Allesamt in Naziuniformen. Und im Hintergrund die Europaflagge.

## Stimmen aus der polnischen Kirche

Auch aus Polens katholischer Kirche waren Stimmen zu vernehmen, die sich gegen eine Einmischung durch die Brüsseler Behörde wandten und als Unterstützung der Politik von PiS zu werten sind. So empörte sich Bischof Mering, Ordinarius der Diözese Włocławek, in einem persönlichen Brief an Martin Schulz über dessen Äußerungen, und dazu auf eine für einen Bischof höchst unangemessene Weise: Das Europaparlament sei wohl unter seiner Leitung mit so wichtigen Sachen befasst wie „mit der Länge der Flamme von Kerzen und der Menge des Wassers in der Spülung.“ Er bedauert, dass Schulz nicht den Mund gehalten habe, fordert eine Entschuldigung, zu der aber Schulz nicht fähig sei. Am Ende des Briefes wünscht er Schulz „im ‚Winterfest‘ (Sie nennen doch so Weihnachten) die Besonnenheit, die Weisheit und die Einbildungskraft.“<sup>5</sup> Und in Einschätzung der politischen Situation sagte er: „Die gegenwärtige Regierungsmannschaft empfehle ich leichter und lieber dem Herrgott als die vorhergehende. Es fällt schwer, Gott um Segen zu bitten für die Forcierung von Schwangerschaft verhindernden Pillen und Antigewalt-Konvention oder für die Unterstützung der Abtreibung.“ Und mit Blick auf die gegen PiS und die Regierung gerichteten Proteste erklärte der Bischof gegen deren wahren Verlauf: „Noch nie habe ich solche Erscheinungen von wildem Hass gesehen wie bei den letzten Demonstrationen von KOD.“<sup>6</sup> Auch der Krakauer Kardinal Stanisław Dziwisz bezog Stellung gegen die von KOD organisierten Proteste. Am 14.12.2015 erklärte er, die auf der Straße geführten Dialoge würden die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Um dies zu vermeiden, wandte er sich an die Politiker aller Parteien, „die sich vom christlichen Glauben und der Zugehörigkeit zur Kirche leiten lassen.“ Durch eine solche Äußerung könnten die Unterstützer von KOD als antichristlich und antikirchlich diffamiert werden. Auf die Frage, ob die Festlichkeiten zur Erinnerung an die „Taufe Polens“ vor 1050 Jahren dazu dienen könnten, eine neue Verfassung zu verabschieden, sprach sich Erzbischof Henryk Hoser für Verfassungsänderungen aus, „wo dies erforderlich ist.“ Man sollte dabei eine „solche Lösung anstreben, wodurch die Konstitution im hohen Maße unseren Subjektcharakter, unsere

<sup>5</sup> Brief vom 15. 12. 2015, Tgb-Nrr.639/2015/Bp.

<sup>6</sup> Tomasz Kryżak, Miłość bliźniego i KOD (Nächstenliebe und KOD), www.rp.pl v. 22. 1. 2016.

Tradition und unsere nationalen Eigenschaften zum Ausdruck bringt.“ Bischof Hoser, der sich vor allem durch seine strikte Ablehnung jeder Art von künstlicher Befruchtung einen Namen gemacht hat, verweist denn auch darauf, dass man sich im Zusammenhang etwaiger Verfassungsänderungen „des unerhörten Gewichts der Probleme bioethischer Natur bewusst sein müsse, vor denen wir stehen.“ An die neue Regierung gewandt, kam auch die Forderung nach einem absoluten Verbot von Abtreibungen zur Sprache. So war in der dem Medienimperium von Pater Rydzyk zugehörigen Kirchenzeitung „Gość Niedzielny“ zu lesen: „Wenn ihr euch jetzt, wo ihr über die absolute Mehrheit verfügt, gegenüber den geringsten Brüdern Jesu rücksichtslos verhaltet, dann ruht auf euch kein Segen – und durch euch auch nicht auf dem Land. Ihr müsst euch entscheiden, wen ihr zum Gott habt: den Schöpfer oder das Ausmaß mutmaßlicher Unterstützung.“<sup>7</sup>

## Einleitung eines Verfahrens durch die EU-Kommission

Am 13. Januar 2016 hat sich die Brüsseler Kommission für die Einleitung des „Rechtsstaatmechanismus“ entschieden, um festzustellen, ob die polnische Regierung europäische Grundwerte schwerwiegend verletzt. Damit beginnt ein langwieriger Prozess. Selbst wenn die Kommission zu dem Ergebnis gelangen sollte, dass nicht hinnehmbare Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit vorliegen, muss Polen noch nicht mit Sanktionen rechnen. Erst wenn sich die polnische Regierung einem Dialog mit der Kommission sowie einer Einigung über etwaige Veränderungen verweigern sollte, könnte nach Artikel 7 der EU-Verträge ein Verfahren eingeleitet werden, das möglicherweise die Verhängung von Sanktionen zur Folge hätte. Ob es jedoch zu dieser letzten Maßnahme tatsächlich kommen wird, erscheint eher fraglich. In Brüssel weiß man schließlich, dass sich durch etwaige Strafmaßnahmen die nationalstaatlichen Tendenzen in Polen sowie in anderen Mitgliedstaaten verstärken und die ohnehin brüchige europäische Einheit weiter schwächen würden. Zudem hat Jarosław Kaczyński für diesen Fall vorgesorgt. Er traf sich am 6. Januar 2016 im polnischen Niedzica mit Viktor Orbán zu einem sechsstündigen Gespräch. Und dies ohne Beteiligung von Ministerpräsidentin Szydło, Präsident Duda und Außenminister Waszczykowski – ein Zeichen dafür, dass in Wahrheit Kaczyński die Geschicke Polens lenkt, obwohl er als bloßer Parlamentarier für seine Entscheidungen offiziell keine Verantwortung trägt; auch dies ein Tatbestand, der mit demokratischen Regeln kaum vereinbar ist. Über das Gespräch gab es kein Kommuniqué. Doch worum es dabei vor allem ging, wurde zwei Tage später durch eine Erklärung von Orbán im polnischen Radio deutlich, mit der sich der ungarische Premier verpflichtete, niemals eventuellen Brüsseler Sanktionen gegenüber Polen seine Zustimmung zu geben.

---

<sup>7</sup> Polityka 49/2015, S. 122.